

Hans Mundorf

Die SPD vor der Wahl



Hans Mundorf, geb. 1929 in Troisdorf, Studium der Wirtschaftswissenschaften in Bonn, 1956 Eintritt in die Redaktion der Wirtschaftszeitung „Industriekurier“, letzter Chefredakteur dieser Zeitung, die 1970 mit dem „Handelsblatt“ fusioniert wurde, dort Leiter des Ressorts „Wirtschaft und Politik“ und Mitglied der Chefredaktion, seit der Pensionierung im Jahr 1994 Chefkolumnist dieser Zeitung.

Programmparteien gedeihen am besten in der Opposition. Ihre Prinzipien stehen ihnen im Weg, sobald sie an die Macht kommen. So konnte ein August Bebel, der legendäre und mehrfach wegen Vorbereitung des Hochverrates und Majestätsbeleidigung verurteilte Führer der SPD, der maßgeblich das Erfurter Programm dieser Partei vom 21. Oktober 1891 gestaltet hat, darin noch die stufenweise steigende Einkommen- und Vermögensteuer und die Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und „sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen fordern, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern“.

Der Geist Bebels hat sich in der SPD viele Jahre lang erhalten. Im Aktionsprogramm der SPD vom 28. September 1952, erweitert in Berlin am 24. Juli 1954, heißt es noch: „Der Grundsatz einer gerechten und sozialen Steuerpolitik, die Steuerlasten nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu verteilen, verlangt, das Schwergewicht der steuerlichen Belastung auf die direkten, sozialbestimmten Steuern zu legen und nicht, wie bisher, in erster Linie auf die unsozial wirkenden indirekten Steuer... Das Arbeitseinkommen wird gegenüber dem Einkommen aus Kapitalvermögen und anderem fundierten Vermögen geringer belastet. Die steuerliche Ungleichheit zwischen veranlagten Personen und Lohnsteuerpflichtigen wird beseitigt; ebenso die steuerliche Ungleichheit zwischen Einzelfirmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften, so weit der gewerbliche Betrieb durch die Einkommensteuer stärker belastet ist, als er es durch die Körperschaftsteuer wäre... Die Verbrauchsteuern sind zu vereinfachen und abzubauen.“

Großunternehmen oder freier Wettbewerb

Selbst im Godesberger Programm (13. bis 15. November 1959) strebt noch der „demokratische Sozialismus eine neue Wirtschafts- und Sozialordnung an“, findet man Sätze wie diese:

„Wo das Großunternehmen vorherrscht, gibt es keinen freien Wettbewerb... Mit ihrer durch Kartelle und Verbände noch gesteigerten Macht gewinnen die führenden Männer der Großwirtschaft einen Einfluss auf Staat und Politik, der mit demokratischen Grundsätzen nicht zu vereinbaren ist. Sie usurpieren Staatsgewalt. Wirtschaftliche Macht wird zur politischen Macht.“

Heute ist Gerhard Schröder der unbestrittene Alleinherrscher über die SPD, und im September 2002 übt er seit vier Jahren die Regierungsgewalt aus. Wie manche seiner roten und grünen Kabinettskollegen ist er ein ehemaliger 68er und war ein Sympathisant und Anwalt derer, die die herrschende Staats- und Wirtschaftsordnung in ihren Grundfesten erschüttern wollten. Bevor er sein Amt antrat, hatten er und die SPD noch feste Prinzipien. Im Leipziger Programm der SPD vom 17. April 1998 weht noch einmal der Atem der alten sozialdemokratischen Partei: „Die Konzentration wirtschaftlicher Macht in immer weniger Händen scheint unaufhaltsam, der weltweite Wettlauf um Märkte und knappe Hilfsquellen scheint unvermeidlich zu sein. In immer kürzerer Zeit bewegen sich Kapitalströme um den Erdball. Gigantische multinationale Konzerne planen ihre Gewinnstrategien weltweit, unterlaufen demokratische Kontrollen und erzwingen politische Entscheidungen. Expansionsmacht und Gewinnstreben schaffen gewaltigen Reichtum, erniedrigen aber gleichzeitig ungezählte Menschen und ganze Nationen. Sie begrenzen unseren nationalen Handlungsspielraum. Globale Konjunktur- und Strukturkrisen lassen Wirtschaftsregionen zusammenbrechen.“ Das sind Thesen, wie man sie auch im Kommunistischen Manifest eines Karl Marx finden kann. Und an ihnen muss sich die SPD messen lassen.

Arbeitslosigkeit: ein politischer Fehler?

Gefordert wird deshalb im 1998er-Programm der SPD eine neue Politik der Arbeit: „Das Recht auf Arbeit ist ein Menschenrecht. Es ist die Pflicht eines demokratischen und sozialen Rechtsstaates, für Vollbeschäftigung zu sorgen. Arbeitslosigkeit ist kein individuelles, versicherbares Risiko auf Zeit, sondern ein gesellschaftlich verursachtes und damit politisch zu lösendes Problem.“ Gelöst werden soll nach den Vorstellungen der SPD dieses Problem durch den sechsstündigen Arbeitstag in der 30-Stunden-Woche als Regel, durch die gesetzliche Begrenzung der Überstunden, das Verbot der Leiharbeit, durch die Orientierung der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung an der Wertschöpfung.

Auch müsse der „Vorrang demokratischer Entscheidungen vor Gewinninteressen und Wirtschaftsmacht durchgesetzt werden.“ Strukturbestimmende Großunternehmen hätten den Staat und die Kommunen rechtzeitig und regelmäßig über wirtschaftspolitisch relevante Planungen und über Standortplanungen zu unterrichten. Wirtschafts- und Sozialausschüsse, denen neben den Gewerkschaften auch Verbraucher- und Umweltverbände angehören sollten, müssten Informations-, Beratungs- und Initiativrechte gegenüber Parlamenten, Regierungen und Verwaltungen in Kommunen, Ländern und Bund haben. Kleine und mittlere Unternehmen müssten gestärkt, die Marktmacht durch eine Verschärfung der Wettbewerbsgesetze kontrolliert werden. „Um den Einfluss von Banken und Versicherungen auf Grundsatzentscheidungen der Wirtschaft zurückzudrängen, wollen wir ihre Macht über Unternehmen durch Entflechtung von Kapitalbeteiligungen einschränken. Auch der Besetzung von Aufsichtsräten durch Banken und der Ausübung des Depotstimmrechtes wollen wir Grenzen setzen.“

Vier Jahre später: Das alles war leeres Pathos. Statt einer Programmatik kennt die SPD nur noch den Nihilismus des Machterhaltes. Das Berliner Programm ist im Winde verweht. Schröder erscheint der Öffentlichkeit als der „Kanzler der Bosse“, der „Mann mit der ruhigen Hand“, der „Moderator auf der politischen Bühne“, „der Kanzler der Beliebtheit“, der „Protector der Großunternehmen“, der „Versager in der Beschäftigungspolitik“. Mancher dieser Titel mang ihm zu Unrecht zuerkannt worden sein, weil auch von einem großsprecherischen Kanzler nicht das Unmögliche verlangt werden darf. Doch wird er und mit ihm eine mundtote SPD auch von manchen dieser Sprüche richtig charakterisiert.

Die Wirtschaft geht ihren eigenen Weg

Zum Beispiel: Der Kanzlerkandidat Schröder hat die Bundestagswahl 1998 mit dem Schuldvorwurf an die Adresse der Kohl-Regierung gewonnen, sie sei für die Arbeitslosigkeit verantwortlich, und mit dem Versprechen, im Einklang mit dem Parteiprogramm für eine „politische Lösung“ dieses Problems der Arbeitslosigkeit zu sorgen. Der Kanzler Schröder ist an dieser Aufgabe gescheitert, im September 2002 ist die Arbeitslosigkeit kaum geringer als im Wahljahr 1998. Das ist der SPD nicht vorzuwerfen, doch muss der Vorwurf der Anmaßung gelten, die Arbeitslosigkeit zu einem „gesellschaftlich verursachten und damit politisch zu lösenden Problem“ zu deklarieren. Kein Kanzlerwille ist stärker als die weltwirtschaftliche Wirklichkeit.

Und das ist nun einmal die Wirklichkeit: Die Standortpolitik der Unternehmen richtet sich nicht nach nationalen Appellen, die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit folgen den Regeln der Freizügigkeit. Es gibt also keine „Volks-“ oder „Nationalwirtschaften“ mehr. Auch die Manager sind polyglott geworden, und die geographische Lage von Frankfurt, London oder New York wird für sie nur noch bestimmt vom Kostenunterschied. Der Kapitalismus befindet sich im Übergang aus dem nationalen in den internationalen Zustand, ein Prozess, dessen Dynamik durch die Ausdehnung der europäischen Gemeinschaft und durch die Währungsunion ständig stärker wird. Die Regierungen der Nationalstaaten suggerieren aber immer noch eine politische Autonomie, die sich in der Ökonomie schon längst aufgelöst hat und die sie auch an supranationale Gebilde delegiert haben. Sie schließen immer noch Bündnisse gegen die Arbeitslosigkeit, obwohl diese schon längst ihre Geschäftsgrundlage verloren haben.

Die Staaten der westlichen Welt haben etwa ein Jahrhundert gebraucht, um in einem mühsamen Prozess der Industrialisierung ihren heutigen Sozialstandard zu erobern: die 35-Stunden-Woche, die Interessenvertretung der Arbeitnehmer durch die Gewerkschaften, die Mitbestimmung, die Sozialversicherung, ein Lohnniveau, das auch normalen Arbeitnehmern das eigene Auto, das Eigenheim, die Urlaubsreise möglich macht. Diese teuer bezahlten Segnungen des industriellen Fortschritts sind nun durch die Internationalisierung der Märkte gefährdet. Die Dämme, die im Kalten Krieg zwischen Kapitalismus und Kommunismus unterschiedliche Wasserstände der jeweiligen Sozialsysteme garantierten, sind unterspült. Heute konkurrieren am Weltmarkt Volkswirtschaften, in denen noch 50 Stunden in der Woche für geringen Lohn gearbeitet wird, in denen es weder einen Umweltschutz noch ein Arbeitsrecht noch eine Sozialversicherung gibt, mit den hochbürokratisierten alten Industrienationen, in denen sich die Arbeitnehmer ihre gerechte Quote am Bruttosozialprodukt erkämpft haben. Und dieser Wettbewerb wird verstärkt durch den Multiplikator der Wechselkurse, die mitunter durchaus künstlich sind, so dass z.B. der Arbeitnehmer in manchen

osteuropäischen Ländern im internationalen Lohnkostenvergleich nicht einmal ein Zehntel des Lohnes seines deutschen Kollegen verdient. Dies ist einer der wesentlichen Gründe der Arbeitslosigkeit in Westeuropa.

Die Globalisierung der Wirtschaft steht also im Widerspruch zu nationalen Beschäftigungsprogrammen, eine Tatsache, die auch in der nächsten Legislaturperiode gilt, welche Partei auch immer dann die Regierung stellen wird. Auch ist die Konkurrenz der Produktionsfaktoren „Arbeit“ und „Kapital“ unabänderlich. Und noch nie war das Kapital so billig wie heute. Im Jahr 1991 wurde der deutsche Realzins (Nominalzins minus Inflationsrate) noch mit 7,5 Prozent geschätzt, heute liegt er unter 3 Prozent. In Japan ist der Realzins bereits unter null gesunken. Es gehört zur Natur des Produktionsfaktors „Arbeit“, dass im Gegensatz zu den Realzinsen die Reallöhne nicht sinken können, da dann das Existenzminimum der Arbeitnehmer und ihrer Familien unterschritten würde. Bei steigenden Arbeitskosten und sinkenden Zinsen findet somit eine ständige Verdrängung von nationaler Arbeit durch globales Kapital statt, dessen Einsatzmöglichkeiten organisatorisch und technisch immer perfekter werden. Auch das ist ein Grund für die strukturelle Arbeitslosigkeit, die für alle Industrieländer typisch geworden ist. Die auch von der Politik gehegte Hoffnung, dass eine Verbilligung des Kapitals zu einer Stärkung der Konjunktur und so zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen könnte, dürfte eine Illusion sein, wie das japanische Exempel beweist. Denn Japan müsste schon längst eine blühende Landschaft sein, wenn der dort geltende faktische Nulltarif für Kapital tatsächlich einen positiven Einfluss auf Konjunktur und Wachstum hätte.

Das Wachstum ist nicht manipulierbar

Alle deutschen Parteien, vor allem aber die rot-grüne Koalition, setzen heute auf das Wachstumspferd, das ihnen den Staatskarren aus der Arbeitslosigkeit und der finanzpolitischen Misere ziehen soll. Auch diesbezüglich wäre der SPD zur Skepsis zu raten. Sie hat auch das Wachstum nicht am Zügel. Tatsächlich befindet sich die Weltwirtschaft, vor allem aber die Bundesrepublik, in einer Wachstumspause. Aber auch durch stärkeres Wachstum würde sich die Ist-Zahl der Arbeitslosen nicht wesentlich verringern. Wenn man nur die westdeutsche Statistik als Basis nimmt, die noch nicht durch die Wiedervereinigung eine neue Größenordnung angenommen hat, so war das Bruttosozialprodukt im Jahr 1990 mit 2 449 Mrd. DM achtmal so groß wie im Jahr 1960 mit 303 Mrd. DM, in realer Rechnung was es 2,5-mal größer. Diese volkswirtschaftliche Leistung wurde im Jahr 1960 erbracht von 26,52 Millionen Erwerbspersonen, im Jahre 1990 von 30,36 Millionen, was eine Steigerung des personellen Einsatzes um nur 14,5 Prozent bedeutet, und das bei ständiger massiver Arbeitszeitverkürzung.

Volkswirtschaftliches Wachstum ist also im wesentlichen eine Folge der Produktivitätsentwicklung, während die Beschäftigung mehr oder weniger unabhängig geworden ist vom Wachstum. In den Stagnations- und Rezessionsjahren der vergangenen Jahrzehnte wurde das massive Fundament der heutigen Arbeitslosigkeit gelegt, die auch in den Wachstumsschwüngen der auf die schwachen Jahre folgenden guten Konjunkturen nie mehr abgebaut wurde. Nur in der ehemaligen DDR und in artverwandten sozialistischen Gesellschaftsformen konnten die Regierungen Vollbeschäftigung garantieren, indem sie einfach den Produktivitätsfortschritt ausschalteten. Wenn eine Regierung in ihrer Legislaturperiode das Glück eines starken wirtschaftlichen Wachstums hat, oder das Pech, dass die Konjunktur

versagt, dann ist beides auch für sie ein Fatum. Wie ja auch ein Schrankenwärter der Bundesbahn durch das Schließen und Öffnen der Schranke nicht den Fahrplan der Züge bestimmt.

Bemerkenswert ist, dass gerade von einer rot-grünen Koalition eine solche Wachstumshoffnung gepflegt wird. Wenn das Beschäftigungsheil wirklich in einem Wachstum von anhaltend 3 Prozent läge: Das Bruttosozialprodukt würde sich dann innerhalb von 23 Jahren verdoppeln, mit all den dramatischen Folgen für die natürlichen Ressourcen dieser Erde. Hat die Politik schon wieder die leidenschaftliche Diskussion um die natürlichen Grenzen eines exponentiellen Wachstums vergessen, eine Diskussion, der die Grünen überhaupt ihre Existenz als Partei verdanken? Verbürgt nicht eher die Stagnation der Wirtschaft zumindest in der industrialisierten Welt deren „Nachhaltigkeit“, d.h. ihren dauernd erhaltbaren Zustand und ihre zukünftige Existenzfähigkeit? Diese Fragen sind mittlerweile völlig aus der ohnehin nur noch dürftigen Programmatik der SPD ausgeblendet.

Bei der Garantie von Beschäftigung und Wachstum geht es also nicht um Schuld und Sühne der SPD oder überhaupt einer Partei, sondern um die Täuschung der Wähler hinsichtlich ihrer Machbarkeit. Es handelt sich eben nicht um „gesellschaftlich verursachte und damit politisch zu lösende Probleme“, ob der künftige Kanzler nun Schröder oder Stoiber heißt. Denn die Diagnose im Grundsatzprogramm der SPD von Leipzig ist doch richtig, dass gigantische multinationale Konzerne und reiße Kapitalströme der nationalen Politik ihre Handlungsspielräume nehmen. Doch hat die SPD in den vergangenen vier Jahren immer wieder gegen ihre Einsicht und gegen ihre Prinzipien gehandelt und das, was sie nicht ändern kann, nicht einmal palliativ behandelt. Das kann an ihrer Steuerpolitik in dieser Legislaturperiode dargestellt werden.

Eine Steuerpolitik für die Konzerne

In ihrer praktischen Politik übernimmt so auch die SPD die neoliberale Legende, dass die deutschen Kalamitäten nur eine Standortfrage seien, die mit ein bisschen Angebotspolitik gelöst werden könnte. So wird die Steuerreform als ein historisches Ereignis gefeiert, könne doch Deutschland nun auch endlich im internationalen Wettbewerb der Steuersysteme bestehen. Wahr ist aber, dass Deutschland niemals ein Hochsteuerland war. Die Steuerlast, die eine Volkswirtschaft ertragen muss, kann man an der Steuerquote, d.h. am Anteil aller Steuern am Bruttoinlandsprodukt bemessen. Nach dem Finanzbericht 2002 des Bundesfinanzministeriums betrug die deutsche Steuerquote im Jahr 1999 nur 22,9 Prozent. Damit lag Deutschland in der Rangfolge der Steuerbelastung zwar noch vor Japan (16,7 Prozent), aber ungefähr auf einer Belastungsebene mit den USA und der Schweiz und weit hinter Dänemark (48,5 Prozent), Schweden (38,3 Prozent), Italien (30,3 Prozent), dem Vereinigten Königreich (30,3 Prozent), Frankreich (29,4 Prozent) und den Niederlanden (24,3 Prozent).

Dieses Bild ändert sich allerdings, wenn man statt der Steuerquote die Abgabenquote, also den Anteil von Steuern und Sozialabgaben am Bruttoinlandsprodukt ins Visier nimmt. Zwar lag Deutschland im Jahr 1999 mit 40,7 Prozent auch dann noch nicht an der Spitze. Schweden (52,1 Prozent), Dänen (50,6 Prozent), Franzosen (46 Prozent), Belgier (45,5 Prozent) und Italiener (43 Prozent) hatten eine noch größere Abgabenlast zu tragen. Doch andere Länder schneiden im Vergleich zu Deutschland günstiger ab: Japan (27,7 Prozent), USA (29,5 Prozent), Schweiz (35,1 Prozent), das Vereinigte Königreich (36,6 Prozent). Doch erwirbt, wer Beiträge zur Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung zahlt, damit auch ein Äquiva-

lent von individuellen Ansprüchen gegen die entsprechenden Versorgungssysteme, er begründet „Sozialvermögen“, wenn auch durch staatlichen Zwang. Gäbe es diesen staatlichen Sparzwang nicht, müsste jeder Bürger sich privat gegen Krankheit und Arbeitslosigkeit und für das Alter absichern, er hätte nicht mehr Kaufkraft auf seinem Konto als sein deutscher Kollege.

Wenn Deutschland nach der volkswirtschaftlichen Statistik auch kein Hochsteuerland ist, so ist doch die Steuerlast falsch verteilt. Zwar sind mit der Steuerreform auch die Arbeitnehmer entlastet worden, doch zahlen die Kapitalgesellschaften, in denen die Masse der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung entsteht, im Jahre 2001 und vermutlich auch 2002 überhaupt keine Steuern mehr, sie machen sogar Rückerstattungsansprüche geltend. Der Grund für diese Rückerstattung: Die hohe Körperschaftsteuer auf früher einbehaltene Gewinne müsse jetzt bei der Ausschüttung dieser Rücklagen auf den heute geltenden niedrigeren Körperschaftsteuersatz heruntergeschleust werden, die Differenz müsse also an die Unternehmen zurückgegeben werden. Es müsse also ein intertemporaler Steuerausgleich gezahlt werden. Allerdings haben auch die Arbeitnehmer Sparguthaben aus zu hoch versteuertem Einkommen gebildet, erhalten auch sie einen Steuerausgleich, wenn sie Gelder von ihrem Sparguthaben abheben.

Im Leipziger Programm der SPD heißt es, dass die Macht der Unternehmen durch Entflechtung von Kapitalbeteiligungen eingeschränkt werden solle. Das Instrument ist für die SPD die Steuerbefreiung der Gewinne von Kapitalgesellschaften aus der Veräußerung von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften. Soll Kapitalmacht durch Steuerbefreiung abgebaut werden? Und werden diese steuerfreien Gewinne nun in deutsche oder aber in ausländische Arbeitsplätze investiert oder dienen sie vielmehr der Schuldentilgung oder dem Erwerb von Beteiligungen oder werden sie ausgeschüttet?

Im Widerspruch zu den SPD-Parteiprogrammen aller Zeiten ist seit Jahren eine schleichende Umwandlung des deutschen Steuersystems von der direkten zu einer indirekten Besteuerung festzustellen. Es sind die Verbraucher und die Arbeitnehmer und natürlich auch viele mittelständische Unternehmen, die den Staat finanzieren. Die Körperschaftsteuer trägt zurzeit überhaupt nicht mehr zum Steueraufkommen bei, sie liegt übrigens schon seit Jahren unter der 2-Prozent-Grenze. Die Gewerbesteuer ist eine betriebliche Kostensteuer, die auf die Verbraucher überwälzt wird, sie ist nichts anderes als die Grundsteuer oder die Umsatzsteuer oder die Versicherungssteuer. Der Ertrag ist nur die Bemessungsgrundlage dieser Steuer, nicht aber selbst das Steuersubjekt. Auch die Einkommensteuer fällt mit einem Anteil von allenfalls 2 Prozent am Steueraufkommen kaum mehr ins Gewicht. Schon die Tabaksteuer ist mit einem Aufkommen von über 23 Mrd. DM sehr viel bedeutender als Körperschaft- und Einkommensteuer zusammen. Warum eigentlich soll eine weitere Senkung dieser geringen Unternehmenssteuern Wachstumsimpulse auslösen?

Es ist nicht mehr die Rede davon, dass das Arbeitseinkommen gegenüber den anderen Einkunftsarten geringer belastet, dass die steuerliche Ungleichheit in der Besteuerung von Einzelfirmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften beseitigt, dass die Verbrauchersteuern abgebaut werden sollen, wie das noch im SPD-Programm von 1954 gefordert wurde. Wie ja überhaupt der saloppe Umgang der SPD mit Fragen der Steuersystematik auffallend ist. Die Gewinne von Kapitalgesellschaften und die Dividenden der Aktionäre werden nun ganz anders versteuert als alle anderen Einkunftsarten, wobei einmal mit der Abschaffung des klassischen Anrechnungsverfahrens die Identität zwischen Kapitalgesellschaften und Gesellschafter geleugnet, mit der Steuerfreiheit bzw. der Halbteilung der Dividenden und Veräußerungsgewinne aber wieder behauptet wird. Und wenn eine Groß-

bank ihre Industriebeteiligungen veräußert, kassiert sie den Buchgewinn aus diesem Verkauf steuerfrei, wenn aber der „kleine Mann“ einen Anteil von 1 Prozent an einer GmbH veräußert, so muss er den Gewinn mit dem Finanzamt teilen. Die SPD ist zum Mäzen der Großunternehmen geworden.

Solange die SPD noch in der Opposition war, hat sie immer wieder die Abschaffung des Steuergeheimnisses nach Paragraph 30a der Abgabenordnung gefordert. Die Finanzämter sollten nicht nur das Recht haben, bei Lohnsteuer- und Betriebsprüfungen die Reisekosten der Arbeitnehmer und ihre Arbeitgeberzuschüsse zum Kantinenessen zu kontrollieren und darüber Kontrollmitteilungen an andere Finanzämter weiterzugeben. Auch bei den Banken sollten Kundentransaktionen kontrolliert und mitgeteilt werden dürfen. Nur so könne die ungeheure Steuerflucht verhindert werden, die das Steuerzahlen überhaupt zum Ausweis der Dummheit macht. In den vier Jahren ihrer Regierungszeit hat die rot-grüne Koalition das Steuergeheimnis nicht angetastet, weil dann sofort die mächtigen Fürsten der öffentlich-rechtlichen Banken mit sozialdemokratischer Bindung auf dem Plan erschienen und darauf hinwiesen, dass auch das Geschäft ihrer Institute durch die Abschaffung des Steuergeheimnisses beschädigt würde. Durch die Einführung des Euro ab 1. Januar 2002 ist die Steuerflucht innerhalb Europas auch noch von dem Wechselkursrisiko entlastet worden.

Eine Rentenreform zwecks Umverteilung

Es ist ein wichtiges Element des SPD-Programms, die Wertschöpfung der Unternehmen zur Bemessungsbasis der Arbeitgeberbeiträge zu nehmen. In Wirklichkeit entspricht jedoch der Verlagerung des Steuersystems hin zu den indirekten Steuern die Aufkündigung der Parität der Beitragsleistungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Sozialversicherung durch die „Riester-Rente“. Um eine weitere Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung zu vermeiden, sollen die versicherungspflichtigen Arbeitnehmer zusätzlich 4 Prozent ihres Einkommens allein aus eigener Tasche zahlen. Die Arbeitgeber werden also um die zwei Prozentpunkte entlastet, die sie eigentlich bei Fortsetzung des klassischen Versicherungssystems zu zahlen hätten. Diese ihre ungeteilten Beitragsleistungen werden dann zwar steuerlich massiv gefördert, doch auch diese Subventionen stammen vor allem aus den Geldern, die Arbeitnehmer und Verbraucher haben aufbringen müssen. Die SPD wollte, wie jetzt vor der Wahl die Union, die Abgabenquote in Deutschland unter 40 Prozent bringen, vor allem durch die Reduzierung des Rentenversicherungsbeitrages. Das ist ihr nicht gelungen, die Arbeitnehmer werden insgesamt nicht entlastet, die Riester-Reform ist in Wirklichkeit zum Mittel der Verteilungspolitik geworden, ist sie doch nur der Einstieg in die Teilprivatisierung des Beitragssystems zur Rentenversicherung. Bei der Gelegenheit: Das monatliche Bruttoentgelt je Arbeitnehmer ist von 3 920 DM im Jahr 1995 auf 4 140 DM im Jahr gestiegen, nämlich um 5,6 Prozent im gesamten Sechs-Jahres-Zeitraum, der Nettolohn stieg nur um 3,1 Prozent von 2 580 DM auf 2 660 DM. Real und netto dagegen fielen die Löhne und Gehälter in dieser Zeit von 2 580 DM auf 2 482 DM, das war ein Schwund von 3,8 Prozent.

Vielleicht ist das deutsche Sozialsystem nicht mehr zeitgemäß, vielleicht ist es heute den Arbeitgebern unzumutbar, wie schon seit Bismarcks Zeiten, finanziell für kranke, alte und arbeitslose Arbeitnehmer zu sorgen, vielleicht spricht es eben für die Modernität einer Partei, solche alten ideologischen Zöpfe abzuschneiden. Doch dann sollte sie diese Zöpfe offen mit der Schere kappen und nicht auf den allmählichen und von Mitgliedern und Öffentlichkeit

kaum bemerkbaren programmatischen Haarausfall vertrauen. Es ist dies auch ein Gebot der eigenen Identifikation. Wie Frau Minister Künast sagen würde: Was auf der Packung steht, muss auch in der Packung sein.

Die Anhänger der SPD wie ihre Kritiker müssen feststellen, dass sich diese Partei bis zur Unkenntlichkeit verändert hat. Sie unterscheidet sich nicht mehr so wesentlich von einer anderen Volkspartei. Die gemeinsame Schnittmenge zwischen ihren Programmen ist sehr groß geworden. Es gibt zwar noch unterschiedliche Werbebotschaften an die Wähler, doch gleichzeitig mit dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit und dem Hinweis der Realisierung „in the long run“. Die Unterschiede zwischen den Parteien liegen in den handelnden Personen. Und deren Wertigkeit wird wiederum gemessen an ihrer Fernsehtauglichkeit. August Bebel würde heute als Politiker kaum mehr eine Chance haben, er hätte Schreiner in Köln-Deutz bleiben müssen.